

MOTION von Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg), Martin Vollenwyder (FDP, Zürich) und Gaston Guex (FDP, Zumikon)

betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Abschaffung der eidgenössischen Stempelsteuer

Der Regierungsrat wird eingeladen, bei den eidgenössischen Räten eine Standesinitiative einzureichen, welche die Abschaffung der eidgenössischen Stempelsteuer verlangt. Eine allfällige Kompensation darf keine andersweitige Wettbewerbsverzerrung mit sich bringen.

Hans-Peter Portmann
Martin Vollenwyder
Gaston Guex

Begründung:

Der Finanzplatz Schweiz verliert immer mehr an Marktanteil. Das traditionelle Bankgeschäft ist unter starken internationalen Konkurrenzdruck geraten, und der Schweiz droht der Verlust eines ihrer wirtschaftstragenden Standbeine. Wenn die Schweiz das Finanz- und Bankgeschäft als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor behalten möchte, dann muss jetzt mit neu zu schaffenden Anreizen für den Finanzplatz Schweiz agiert werden. Konkurrenzhemmend im Finanzgeschäft ist die eidgenössische Stempelsteuer, aufgrund derer zum Beispiel auch schon der internationale Goldhandel in der Schweiz zum Opfer gefallen ist. Heute haltet sie viele Investoren vom Wertschriftenhandel in der Schweiz ab. Auch werden zum Beispiel aus Gründen der anfallenden Stempelsteuer unzählige Fonds- und Pensionskassenvermögen nicht in der Schweiz verwaltet. Der Wertschriftenhandel ist heute nicht mehr an Standorte gebunden, und bei einer globalen Tätigkeit haben nationale Abgaben und Gebühren nichts mehr zu suchen. Zwar ist das Thema der Stempelsteuer in Bern seit Jahren in Diskussion, allerdings scheint das Dossier einmal mehr schubladisiert zu sein. Der Bundesrat müsste zur heute befristeten Abgabe bis Ende 2001 eine neue Lösung präsentieren. Nach wie vor hat er die notwendige Kommission dazu jedoch noch nicht eingesetzt. Um in diese Sache wieder Bewegung zu bringen, braucht es zusätzliche Anstösse von aussen. Als einer der meist betroffenen Standorte im Finanz- und Bankwesen muss der Kanton Zürich an der Abschaffung der eidgenössischen Stempelsteuer interessiert sein, was er mit einer Standesinitiative zum Ausdruck bringen soll.